

02. Februar 2009 18:43 Uhr

VIERSPURIGER AUSBAU

Rheintalbahn: Land unterstützt alle Forderungen Südbadens

Stuttgart hat den Plänen der Bahn AG eine Absage erteilt. Die Landesregierung stellte sich stattdessen hinter alle zentralen Forderungen der Region zum Ausbau der Rheintalbahn.

Noch in diesem Quartal will die Landesregierung die Forderungen bei einem Bahngipfel mit Bund und Bahn offensiv vertreten.

Die meisten Kommunalpolitiker und die Bürgerinitiativen zwischen Basel und Offenburg haben sich auf fünf Kernforderungen an den Bahnausbau verständigt, die als "Projekt Baden 21" zusammengefasst sind. Offenburg soll einen Güterbahntunnel erhalten statt der von der Bahn geplanten oberirdischen Erweiterung der heutigen Strecke mitten durch die Stadt;

zwischen Offenburg und Riegel soll das dritte und vierte Gleis entlang der Autobahn gebaut werden; im Raum Freiburg werden mehr Lärmschutz und die Tieferlegung einiger Streckenabschnitte gefordert; im Markgräflerland sollen die Gleise in der Tieflage verschwinden; und in Weil am Rhein will man einen Tunnel.



Auf welcher Trasse fahren in Zukunft Güterzüge durch die Region? | Foto: Siegfried Gollrad

Mehrkosten von 900 Millionen Euro

Alle diese Wünsche seien technisch machbar und für den Bahnbetrieb tauglich, erklärte der auch für den Verkehr zuständige Landesinnenminister Heribert Rech gestern in Freiburg. Allerdings kosten sie rund 900 Millionen Euro mehr – ein entscheidender Grund, warum die Bahn diese Vorschläge bisher nicht übernommen hat, sondern ihre eigenen Pläne verfolgt. Die Landesregierung will nun in einem Spitzengespräch mit dem Bundesverkehrsministerium und der Bahn neue Planungen im Sinne der Region fordern.

"Ausbau ist reine Bundesaufgabe"

Wer die Mehrkosten übernehmen soll, darüber mochte Rech nichts sagen. Grundsätzlich gelte: "Der Ausbau ist reine Bundesaufgabe." Eine finanzielle Beteiligung des Landes schloss er aber nicht von vorn herein aus. Diese Frage werde aber erst am Ende der ersten von gewiss mehreren Gesprächsrunden mit Bund und Bahn erörtert. Das Land müsse zunächst abwarten, ob der Bund diese Forderung überhaupt erhebe. Denn sowohl der Bund wie die Bahn hätten großes Interesse, die Rheintalbahn so rasch wie möglich auszubauen – aber gegen den Widerstand der Bevölkerung am Oberrhein werde das nicht gehen, so Rech.

Beim Bahngipfel soll auch besprochen werden, ob nicht die derzeit laufenden Planverfahren angehalten werden sollen. Denn könnte sich das Land bei Bahn und Bund durchsetzen, wären die bisherigen Planungen in weiten Abschnitten hinfällig. Im Regierungspräsidium Freiburg ist man trotzdem optimistisch, dass die Gleise zwischen Offenburg und Basel bis 2019 verlegt sind.

[Lesen Sie auch den Kommentar: Ein Erfolg für die Region](#)

Autor: Wulf Rüska